

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

vom:	28.02.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:05 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Eberlein, Klaus-Peter
Elter, Uwe - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Flohren, Angelika - ab 16.35 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Kaiserling, Carl-Norbert
Kamieth, Jens
Katz, Reinhilde
Krombach, Ulrich
Nell, Karl-Heinz
Neubauer, Hans Peter
Rujanski, Detlef
Schmidt, André
Tigges, Johannes - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Wolf, Marianne - für Stv Flohren, Angelika bis 16.35 Uhr, TOP 5 ö. T. -

II. Beratende Mitglieder:

Gürke, Volker für AM Klein, Horst ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Kill, Erika
Löwenberg, Horst
Max, Christian - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Mücke, Helga
Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Nauck bestimmt.

14. AfSFS 28.02.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Zur Niederschrift vom 04.12.2001, TOP 9 ö. T., stellt Herr Dr. Stötzel richtig, dass sich seine Kritik nicht gegen Vertreter des Kinderschutzbundes, sondern gegen Ausschussmitglieder richtete, die sich zu diesem Zeitpunkt außerhalb des Sitzungsraumes aufhielten.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift vom 04.12.2001 bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2002 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

14. AfSFS 28.02.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

14. AfSFS 28.02.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

14. AfSFS 28.02.2002

5. Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)

Bezugsvorlage Nr. 1413/01

Vorlagennr. 1744/2002

dazu: Vorlage Nr. 1413/01 A und vier Angebote

Herr Schmidt kritisiert, dass die Vorlage 1744/02 zur Klärung der im Dezember aufgeworfenen Fragen nicht beiträgt, sondern eher zusätzliche Fragen aufkommen lässt. Er hätte zumindest eine Aussage darüber erwartet, wie sich das vorgeschlagene Modell finanziell auf die Sozialhilfekosten in der Tendenz auswirken könnte. Da es sich um eine neue Leistung seitens der Stadt Siegen handelt, ist die Genehmigung des Haushaltes 2002 abzuwarten, so dass seines Erachtens ein Beginn des Projektes am 01.06.2002 nicht realistisch erscheint.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Aufteilung der Trägeranteile entspricht nicht dem in den vorhergehenden Beratungen geäußerten Willen seiner Fraktion. Wenn grundsätzlich eine Aufteilung vorgenommen werden soll, sollte dies in Form eines „gemeinsamen“ Angebotes möglichst unter Ausschluss eines Konkurrenzgedankens geschehen. Dafür sind Gespräche mit den verschiedenen Trägern erforderlich, die nach Aussage der Anbieter am 05.03.2002 stattfinden sollen.

Er beantragt daher, die Angelegenheit erneut zu vertagen und die weitere Beratungsfolge entsprechend anzupassen. Sowohl die Ergebnisse des Gespräches als auch Antworten auf die noch offenen Fragen sind in einer neuen Vorlage darzustellen. Eine endgültige Lösung muss so schnell wie möglich gefunden werden.

Die hohen Anteile der NAS im Vergleich zu den anderen Anbietern kann er nicht nachvollziehen. Vorrangiges Ziel kommunaler Beschäftigungsförderung kann nicht ein Ausgleich des Defizits der NAS sein, sondern muss in der Senkung der Sozialhilfekosten auf optimalem Weg gesehen werden. Er bezweifelt, dass die NAS in der Lage ist, die aus dem Beschlussvorschlag resultierenden Leistungen zu erbringen. Zudem lassen sich die Maßnahmen derjenigen Träger, denen nur eine geringe Anzahl von Plätzen zugedacht wird, seines Erachtens nicht wirtschaftlich durchführen. In dem anstehenden Gespräch sollte diese Problematik thematisiert werden.

Herr Schmidt kann sich vorstellen, dass die NAS den Zuschlag für das Modul 1 erhält, bei Modul 2 aber unberücksichtigt bleibt. Das Angebot der AWO im Bereich des Moduls 2 ist ihm sympathisch.

Das Zusammenspiel zwischen den zwei Modulen (Übergang von Modul 1 in Modul 2) ist erläuterungsbedürftig. Der ausschließliche Weg in das Modul 2 über Modul 1 ist seines Erachtens nicht sinnvoll.

Herr Rujanski hätte eine Entscheidungsgrundlage zur Wertung der Angebote erwartet. Auch er kritisiert, dass zahlreiche Fragen unbeantwortet sind, wie z. B.:

- In welchen Berufsbildern wird qualifiziert?
- Ist die genannte Erfolgsprämie vom Arbeitsamt (420,00 €) fix oder verhandelbar?
- Wie wird mit Erlösen verfahren?
- Wie soll die, insbesondere für alleinerziehende Frauen zwingend notwendige Kinderbetreuung gewährleistet werden?
- Wie ist die Verflechtung zu aktuellen Entwicklungen (z. B. Mainzer Modell Kombilohn, Job-aktiv-Gesetz)?

- Wie stellt sich der Übergang von Modul 1 in Modul 2 dar?

Auf keinen Fall kann er der Vergabe von lediglich 2 oder 3 Plätzen an die Anbieter TÜV Akademie bzw. AWO zustimmen. Er kann sich vorstellen, die Trägervielfalt auf zwei zu reduzieren und der NAS und der Siegener Recycling Werkstätten jeweils 10 Plätze zur Verfügung zu stellen.

Eine endgültige Entscheidung am heutigen Tage ist seines Erachtens nicht möglich, der Ausschuss sollte jedoch als Basis für das Gespräch am 05.03.2002 grundsätzlich Position beziehen. Als Rahmenbedingung für Modul 2 hält er den in der Vorlage genannten Wert 800 €/ Monat / Teilnehmer für akzeptabel.

Die Angelegenheit muss mit höchster Priorität weiterbetrieben werden.

Herr Krombach ist der Meinung, dass das von der AWO vorgestellte Konzept nicht der kommunalen Beschäftigungsförderung, sondern vielmehr dem Programm Arbeit statt Sozialhilfe unterzuordnen und daher nicht zu berücksichtigen ist. Er spricht sich dafür aus, als Verhandlungsbasis für das Gespräch am 05.03.2002 heute ein Votum zugunsten der von Herrn Rujanski vorgeschlagenen 10 : 10-Variante abzugeben und eine endgültige Entscheidung zu vertagen, da nach wie vor bedauerlicherweise keine völlige Entscheidungsreife zu sehen ist. Eine tabellarische Trägerdarstellung zu Vergleichszwecken nach den Kriterien Zielgruppe, Personenanzahl, Berufsbilder, Zeitbedarf, Kosten usw. erachtet er zwar als arbeitsaufwändig, aber leistbar.

Die Verteilung von 100 Stunden auf 3 Monate im Modul 1 kann seines Erachtens auf einen kürzeren Zeitraum begrenzt werden. Als alternatives Modell ist der Abschluss von Qualifizierungsverträgen mit den in Frage kommenden Personen denkbar. Die Verträge sollten auch die Auszahlung eines Qualifizierungsentgeltes in Form einer Pauschale beinhalten, die alle mit der Tätigkeit in Verbindung stehenden Kosten (wie auch Fahrtkosten) abdecken muss.

Die Laufzeit des Moduls 2 sollte auf 15 Monate mit der Option einer Verlängerung um max. 3 Monate reduziert werden.

Frau Nauck ist enttäuscht, dass eine kurzfristige Realisierung immer noch nicht erreichbar scheint.

Herr Kaiserling unterstützt die Forderung, die Ergebnisse des Gespräches am 05.03.2002 abzuwarten.

Die aktuelle politische Diskussion der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist angemessen zu berücksichtigen, fordert Herr Nell.

Herr Dr. Stötzel kritisiert, dass die durch den Ausschuss aufgeworfenen Fragen vorangegangener Lesungen durch die Verwaltung nicht ausreichend aufgearbeitet wurden und damit hilfreiche Entscheidungskriterien nicht an die Hand gegeben werden. Die Realisierung der Zielsetzungen, sowohl den betroffenen Menschen zu helfen als auch Sozialhilfearaufwendungen zu reduzieren, verzögert sich leider zusehends. Es sind echte Vergleiche notwendig, welcher Anbieter welche Leistungen erbringen kann und will, um einen weiteren Zeitverzug zu verhindern.

◆◆◆ Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen befürwortet die Heranziehung der in der Vorlage genannten grundsätzlichen Konditionen für

die Durchführung der Module 1 und 2 als Verhandlungsbasis für das mit den Anbietern am 05.03.2002 zu führende Gespräch. Im Anschluss ist eine entscheidungsreife Vorlage, die auch die Ergebnisse des Gespräches beinhaltet, zu präsentieren.

14. AfSFS 28.02.2002

6. Sozialinventur
hier: 2. überarbeitete Auflage

Vorlagennr. 1735/2002

Frau Mücke macht darauf aufmerksam, dass der Name des Anbieters zu Ziffer 2.3.7.2 „Altenbegegnungsstätte“ von „Siegen-Wittgensteiner Seminarverband“ in „Siegen-Wittgensteiner *Senioren*verband“ zu ändern ist.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. AfSFS 28.02.2002

7. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke

Vorlagennr. 1582/2001

Herr Gürke erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an der Beratung nicht teil.

Herr Rujanski erklärt, dass seines Erachtens bei den ausgehandelten Verträgen der Aspekt der Outputorientierung nicht genügend Berücksichtigung findet. Vordergründig sieht er hierin vielmehr lediglich eine Absicherung der Träger.

Seine Vorstellung über neu abzuschließende Leistungsverträge geht dahin, dass eine Leistung unter Vorgabe von Qualitätsmerkmalen zu beschreiben und auf den Markt zu bringen ist. Entsprechend des Angebotes wird die Leistung im Anschluss bezahlt. Hierbei sind die Faktoren, die Kosten beim Anbieter bedingen (u. a. Personalkosten), nicht maßgeblich.

Vor dem Hintergrund, dass Zeitdruck nicht gegeben ist, da die Kontinuität der Arbeit gewährleistet ist, kann er dem Vertrag heute nicht zustimmen.

Herr Nell teilt die Bedenken seines Vorredners.

Herr Schmidt zeigt auf, dass die langen Verhandlungen mit den Anbietern im Sinne des Vertrauensschutzes nunmehr nur noch den Vertragsabschluss zur Folge haben können. Die von Herrn Rujanski geäußerten Bedenken hätten im Vorfeld ausgesprochen werden müssen. Bei offener Ausschreibung befürchtet er mittelfristig finanziell

und angebotsbezogen negative Auswirkungen auf die gewachsenen Trägerstrukturen. Eine mögliche Gefahr liegt weiterhin in der Unterbreitung von Dumpingangeboten. Der vorliegende Leistungsvertrag gibt der Stadt Siegen eine gute Möglichkeit die Fortsetzung der Aufgaben zu steuern und im erforderlichen Rahmen zu kontrollieren.

Herr Löwenberg erinnert an die bereits im September 1999 geführte Diskussion zur Reorganisation der Förderstrukturen. Der seinerzeit präsentierten Vorlage war ein Mustervertrag beigelegt, der die Logik des nunmehr vorliegenden Vertrages inkl. der Kostendarstellung schon beinhaltet. Die Einwände Herrn Rujanskis hätten damals vorgebracht werden müssen. Im Sinne der Gleichbehandlung insbesondere mit dem bereits beschlossenen Vertragsabschluss mit dem Dt. Kinderschutzbund e. V. sollte auch dem vorliegenden Vertrag zugestimmt werden.

Der Wunsch nach einer erhöhten Outputorientierung und auch die Bedenken gegenüber den Kostendarstellungen sind seines Erachtens dennoch legitim und müssen im weiteren Prozess der Optimierung der Leistungsverträge bedacht werden.

Auch die Ausschussmitglieder Krombach und Nauck sehen nach dem bisherigen Verfahren nur noch die Möglichkeit der Zustimmung. Erfahrungsberichte während der Vertragslaufzeit sind erforderlich, um ggf. über Korrekturen bzw. Abschlüsse mit anderen Anbietern nach Fristablauf nachzudenken.

Herr Kamieth ergänzt, dass im Notfall von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht werden kann.

Auf Antrag von Herrn Schmidt wird die Sitzung von 17.45 Uhr bis 17.55 Uhr unterbrochen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigelegten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 0 dagegen, 6 Enthaltungen

8. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. - Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen

Vorlagenr. 1583/2001

Auf die Beratung zu TOP 7 ö. T. wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigelegten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 0 dagegen, 6 Enthaltungen